

rauben sie ihnen diese, so rufen sie einen Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie wir sie erlebt haben. —

Das sozial-demokratische Evangelium der Verneinung alles Bestehenden hat in Deutschland hauptsächlich seit 1870 Eingang gefunden; erst von dieser Zeit an haben seine Apostel das Bestreben gezeigt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und diese Gewalt für ihre Ansichten und Interessen auszubeuten. Bis 1870 war für die Führer der Internationale in London und Genf Frankreich das praktische Versuchsfeld. Sie haben sich eine Zeit lang der Hauptstadt Paris bemächtigt; haben sie damals ein positives Programm aufgestellt? Haben sie ihre Gewalt zum Vortheil der nothleidenden Klassen nutzbar gemacht? Mir ist nichts davon bekannt, was irgendwo praktisch ins Leben getreten wäre, und doch hätte der Versuch, zu zeigen, was sie wollen, damals, wo sie die Gewalt hatten, nahe gelegen. Die Herren haben nichts wie gemordet, gebrannt, gemißhandelt und die Denkmäler zerstört, und wenn sie ganz Paris in einen Aschenhaufen verwandelt hätten, sie würden nicht erklärt haben, was sie wollen. Sie sagen: es muß anders werden! aber wie? das wissen sie nicht.

### Tagesgeschichte.

— Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen jetzt entschieden die Debatten im Reichstage über das Socialistengesetz. Wir haben schon in der vorigen Nummer dieses Blattes einer Rede des Socialdemokraten Hasselmann Erwähnung gethan, vervollständigen dieselben jedoch heute in Nachstehendem, da die Worte dieses Mannes denn doch zu gravirend für die Ziele seiner Partei und deren Führer sind. Derselbe sagte: „Wir wollen den Kampf nicht, aber die herrschenden Klassen wollen ihn. Ich und meine Genossen sind bereit, in den Reihen des Volkes kämpfend, Blut und Leben zu lassen.“ — Und später: „Fürst Bismarck hat uns eine Gesellschaft von Banditen und Mördern genannt und gefagt, er wolle auf dem Felde der Ehre fallen. Wir tragen keinen Dolch bei uns, wir kämpfen offen Brust an Brust. Wenn gegen uns Blei gegossen und Bajonette geschliffen werden, dann sagen wir: gegen eine solche Gesellschaft von Banditen und Mördern wollen auch wir —“ (großer Lärm). Der Präsident ruft ihn wegen Aufreizung zum Aufruhr zur Ordnung. — Mit dem Ausrufe: „Ich will den Frieden, aber ich bin bereit, im Kampfe Blut und Leben zu opfern; Fürst Bismarck mag an den 18. März 1848 denken!“ verläßt er unter furchtbarer Aufregung die Rednerbühne; alle Abgeordneten hatten sich aufgeregt erhoben. — Ihm folgt und ihn widerlegt Dr. Löwe, der betagte Arzt, den seit einem Menschenalter sein Beruf in zahlreiche Arbeiterwohnungen führt und der ein warmes Herz und einen beredten Mund für die Arbeiter hat. Viel mehr Noth, sagt er, steckt im kleineren Handwerker, Beamten u. s. w., als im Arbeiter. Fragen Sie jeden kleinen Handwerksmeister, woran er zu Grunde geht, und er wird Ihnen antworten: An der vollständigen Unzuverlässigkeit seiner Gesellen, seiner Arbeiter. Die Führer und Verführer der Arbeiter schüren absichtlich den Haß gegen alle anderen Klassen, sie suchen die Klassen so gründlich wider einander zu heßen, daß kein gutes Wort von der einen zur andern hinübergeht; sie schmähen die praktischen Helfer der Kleinen, z. B. Schulze-Delitzsch, aufs Aeußerste, und hassen sie. Das Soz.-Dem.-Gesetz ist nur gegen die erwerbsmäßigen Agitatoren gerichtet, denen das Handwerk gelegt werden soll. Die Organisation der Socialdemokraten beschränkt die Freiheit der Arbeiter mehr als irgend ein Gesetz, sie artet oft in Tyrannei aus; die Arbeiter leiden unter dem Terrorismus ihrer Führer u. Der Gesundheitsamt sagt: Wenn Du das thust, wirst Du gestraft! Die Arbeiter sagen zum Arbeiter: Wenn Du das thust, schlagen wir Dir alle Knochen im Leibe entzwei! Was ist schlimmer? —

— Die „Dr. N.“ schreiben: Fehlte noch etwas, um die Annahme des Sozialistengesetzes ganz sicher zu machen, so hat dieses etwas der Socialdemokrat Hasselmann besorgt. Ja, wenn die Nothwendigkeit eines Ausnahmegesetzes zu rechtfertigen ist, so hat dieser „Nothhelfer der Nothen“ den Beweis von der Unerläßlichkeit von Vorbeugungsmaßregeln gegen die Revolution in geradezu musterhafter, unwiderleglicher Weise geliefert. Hasselmann entrollte ohne Scheu auf der Reichstagstribüne das rothe Banner der Revolution, er forderte frech zum Hochverrath, zum Aufruhr auf. Einen größeren, einen wesentlicheren Dienst konnte dem Ausnahme-gesetze Niemand leisten, als dieser Socialdemokrat aus dem Wuppertal; ein bezahlter Agent hätte nicht wirksamer arbeiten können. Blistartig hat der Schluß der Hasselmann'schen Rede den Abgrund enthüllt, an dessen Rande Staat und Gesellschaft stehen. Gegen solche Revolutionäre muß sich Staat und Gesellschaft schützen und wenn dabei wichtige Stücke allgemeiner Freiheit, erhebliche Theile bürgerlicher Rechte verloren gehen, so verschuldet dies Niemand mehr als solche Freiheitsmänner. In der Socialdemokratie giebt es eben auch, wie in allen anderen Parteien, eine maßvolle und eine weitgehende, excentrische Richtung. Manche Forderung, welche die erstere aufstellt, findet sich auf den Programmen anderer Parteien, selbst der Regierungen und verdient verwirklicht zu werden. Was aber die Berliner Socialdemokratie erstrebt, was ihr prägnantester Vertreter Hasselmann verlangt, sind nicht Reformen, es ist Barrikadenkampf und Brandstiftung, Vermögens-Konfiskationen, Raub und Blutvergießen. Vergebens ist das Bemühen Hasselmann's, den Ausbruch einer Revolution als einen Akt gerechter Nothwehr hinzustellen. Sein ganzes Auftreten läßt keinen Zweifel übrig, daß er mit Wonnen den Augenblick herbeisehnt, den Feuerbrand in die Quartiere der Reichen zu werfen, Barrikaden zu erbauen und in einem Meere von Blut die alte Kultur, die bisherige Gesellschaftsordnung zu ersticken. Hasselmann's

Eigenthümlichkeit ist die Kälte, die Berechnung. Er versteht die Kunst, über die wildesten und gefährlichsten Dinge so ruhig, so gleichgiltig zu sprechen, wie ein Lehrer, der an der Tafel seinen Schülern ein mathematisches Problem entwickelt. Ein kalter, leidenschaftsloser Denker, verwendet er das Wort „Blut“ in den mannigfaltigsten Kombinationen, er stellt sich, als ob alle Welt mit Ausnahme der Socialdemokraten blind gegen die Noth der Massen wäre und daß allein die Partei der rothen Fahne sich mit der Verbesserung der nationalen Lage der Menschen beschäftige.

— Die zwischen der Pforte und der österreichischen Regierung seit dem Schluß des Berliner Vertrages obschwebenden Verhandlungen betreffs des Abschlusses einer Convention über die Occupation von Bosnien und der Herzegowina sind definitiv abgebrochen worden. Der türkische Bevollmächtigte, Karatheodori Pascha, hat seine Rückreise nach Konstantinopel angetreten und den Großmächten von dem Abbruch der Verhandlungen in einem Rundschreiben Mittheilung gemacht. Die Optimisten in Oesterreich wollen diesen Schritt der Pforte als ein günstiges Zeichen ansehen, indem sie behaupten, daß die türkischen Staatsmänner jetzt, wo die Occupation der betreffenden türkischen Provinzen zu einer vollendeten Thatfache geworden sei, von dem Abschluß einer Convention Abstand nehmen wollten. Die Pforte sei geneigt, sich in die Thatfachen zu fügen, die stattgehabten Aenderungen ihrem vollen Umfange nach anzuerkennen, und sie lege hohen Werth auf den Fortbestand freundlicher Beziehungen zu Oesterreich. Der Sultan werde seinerseits nur stillschweigend seine Souveränitätsrechte auf die occupirten Provinzen aufrecht erhalten. Diese Auffassung scheint der Begründung zu entbehren. Nach den von Konstantinopel ausgehenden Anzeichen läßt sich vielmehr der Schluß ziehen, daß die Pforte nur darauf ausgeht, der österreichischen Regierung ernstliche Verlegenheiten zu bereiten. Die türkischen Staatsmänner haben zu keiner Zeit dem Occupationsproject zugestimmt. Als dasselbe auf dem Berliner Congreß auf den Wunsch des Grafen Andraffy durch Lord Salisbury zur Sprache gebracht wurde, erhoben die türkischen Delegirten energischen Protest dagegen und machten darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung sich mit Waffengewalt dem Einmarsch österreichischer Truppen widersetzen würde. Graf Andraffy suchte damals die Pforte zu beschwichtigen, indem er den Abschluß einer Convention in Aussicht stellte, welche dem österreichischen Staatsmann gleichzeitig auch die Zustimmung seiner ungarischen Landesleute gewinnen sollte. Die Pforte sah ein, daß Graf Andraffy der Convention bedürfen würde, sie fügte sich also dem Willen der Großmächte, aber bloß um ihre Ansprüche nur um so nachdrücklicher in der Convention geltend zu machen. Der türkische Bevollmächtigte in Wien hatte sehr weitgehende Forderungen an den Grafen Andraffy zu stellen. Es sollte die Zeitdauer der Occupation ganz bestimmt bemessen werden, der Sultan verlangte gleichzeitig, die vollen Souveränitätsrechte in den besetzten Provinzen auszuüben, das Kirchengebäude sollte für ihn in den Moscheen gehalten werden und der Halbmond sollte auf allen öffentlichen Gebäuden neben der österreichischen Flagge wehen. Wenn auch viele der aufgestellten Forderungen nur Aeußerlichkeiten in sich schlossen, so konnte die österreichische Regierung doch auf diese Verlangen nicht eingehen, da daraus die größten Unzutraglichkeiten würden entstanden sein. Gerade im Orient hängt für die Aufrechterhaltung der Autorität sehr viel von Aeußerlichkeiten ab und es würde nimmermehr möglich gewesen sein, unter solchen Verhältnissen ein einheitliches Regiment einzuführen. Außerdem war in Wien eine große und starke Partei überhaupt nicht geneigt, dem Abschluß einer Convention zuzustimmen, welche eine Rückgabe der Provinzen an die Pforte in Aussicht nahm. Das mit so großen Opfern errungene Land sollte nach dem Wunsche dieser Partei Oesterreich auch für immer erhalten bleiben. Graf Andraffy sah sich in Folge dessen gezwungen, alle weiteren Zugeständnisse an die Pforte fallen zu lassen. Damit scheiterte der Abschluß einer Convention definitiv, da auch die Pforte ihren Standpunkt unbedingt behaupten wollte.

— Eine bemerkenswerthe Erscheinung tritt in der russischen Politik plötzlich zu Tage. Nach in London vorliegenden Nachrichten hat Rußland den Großmächten offiziell angezeigt, daß es den Rückmarsch der russischen Truppen aufgehalten habe. Gleichzeitig habe die russische Regierung die Kabinette ersucht, sich den energischen Schritten Rußlands bei der Pforte wegen der in den geräumten Distrikten verübten Grausamkeiten anzuschließen. Inzwischen meldet, wie aus London telegraphirt wird, der „Daily Telegraph“ über Wien aus einer nicht anzuzweifelnden Quelle: „Rußland drängt Rumänien zur Unterzeichnung einer neuen Konvention, welche den russischen Truppen zum Mindesten für eine zweijährige Periode, vom Abschluß des Berliner Vertrages an gerechnet, den freien Durchmarsch gewährleistet.“ Aus dieser sowie der erst in Londoner Meldung geht das Eine unzweideutig hervor, daß Rußland — die augenblicklichen österreichischen und englischen Kalamitäten sich zu Nutze machend — ganz festen Fuß in Rumelien zu fassen sucht.

— In Sachen des afghanischen Krieges melden die „Daily News“ aus Simla vom 11. d., die in Erwägung gezogene Ueberrumpelung von Alimusjid sei, weil man dieselbe als während des Oktobers unmöglich erkannt habe, aufgegeben worden. Das ursprüngliche Feldzugsprogramm, wonach eine combinirte Vorrückung von drei Punkten aus im Anfange des November beabsichtigt sei, werde beibehalten werden. Zu diesem Zwecke würden energische Vorbereitungen getroffen. Von dem Abgesandten des Vicereines an den Emir von Afghanistan fehle es noch immer an jeder Nachricht.